



Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Mitgliedsstädte und -gemeinden im Städte- und Gemeindebund NRW
Kaiserswerther Straße 199-201 - 40474 Düsseldorf

Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Willy Brandt Straße 1
10557 Berlin

19. Mai 2016

Unterstützung der Kommunen bei der Integration von Flüchtlingen

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel,

in den vergangenen Monaten sind die Zahlen der neu in Deutschland ankommenden Flüchtlinge deutlich zurückgegangen. Dies verschafft den Kommunen und ihren Mitarbeitern, die Monate lang an den Grenzen ihrer Belastungsfähigkeit gearbeitet haben, zumindest vorübergehend die Chance, wieder zu geordneten Verfahren zurückzukehren und Provisorien in dauerhaft tragfähige Lösungen zu überführen. Mit großem Nachdruck und mit viel Engagement widmen sich die Städte und Gemeinden der Aufgabe, die ihnen zugewiesenen Flüchtlinge vernünftig unterzubringen und zu versorgen.

Für die Zwecke der Unterbringung und Versorgung hat auch der Bund Mittel bereitgestellt, die in den einzelnen Bundesländern nach unterschiedlichen Regelwerken ganz oder teilweise an die Kommunen weitergereicht werden.

Die Aufgabe ist allerdings nicht damit erledigt, dass wir Flüchtlingsunterkünfte schaffen und die Erstversorgung gewährleisten. Viele Menschen, die insbesondere aus den Bürgerkriegsgebieten nach Deutschland gekommen sind, werden nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren. Wirklich geschafft haben wir es nur dann, wenn es uns gelingt, die hier ankommenden Menschen in unsere Gesellschaft zu integrieren. Dieser Integrationsprozess muss so schnell wie möglich in Gang gesetzt und mit Nachdruck vorangetrieben werden. Integration findet in den Städten und Gemeinden, in den Kindertagesstätten, Schulen, Jugendeinrichtungen, Familienberatungsstellen, am Arbeitsplatz und in der jeweiligen Nachbarschaft statt. Fast alle Kommunen erarbeiten derzeit umfassende Integrationskonzepte bzw. entwickeln vorhandene Konzepte weiter. Wir dürfen in diesem Zusammenhang auf unseren in der Anlage beigefügten „Handlungsleitfaden Flüchtlingsintegration“ hinweisen, in dem Lösungsansätze und -konzepte auf kommunaler Ebene beschrieben werden.

Leider ist es mit der Erstellung von Konzepten nicht getan – eine gelingende Integration ist nicht „mit Bordmitteln“ zu erreichen, sondern erfordert erhebliche zusätzliche personelle und sächliche Ressourcen.

Mit erheblichen Mehrkosten muss jedenfalls in folgenden Bereichen gerechnet werden:

- Plätze für U3-Betreuung
- Plätze für Ü3-Betreuung
- Familien- und Jugendhilfekosten; insb. für junge Flüchtlinge ohne Familien
- Schaffung zusätzlicher Plätze an Schulen und in der OGS
- Gesundheitskosten für Dauererkrankungen
- Schaffung neuen bezahlbaren Wohnraums
- Kosten für zusätzliches Verwaltungspersonal
- Durchführung von Integrationskursen (z.B. Sprachkurse, Eingliederung in den Arbeitsmarkt)
- Schaffung von zusätzlichen sowie speziell auf die Situation von Flüchtlingen zugeschnittenen Angeboten in den Bereichen Kultur und Sport
- SGB-II Leistungen für Rechtskreiswechsler
- Eingliederungshilfe für Flüchtlinge mit Behinderungen
- ...

Die renommierten Wirtschaftsinstitute wie das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln, das Münchner ifo-Institut oder das Kieler Institut für Weltwirtschaft beziffern Kosten in zweistelliger Milliardenhöhe pro Jahr, die – soweit sie die Integration betreffen – vor allem von der kommunalen Ebene zu tragen sein werden. Der Städte- und Gemeindebund NRW geht auf der Grundlage der derzeit vorliegenden Erkenntnisse und Rückmeldungen aus der Praxis davon aus, dass bundesweit pro Jahr etwa 10 Mrd. Euro von den Kommunen alleine für Integrationsmaßnahmen aufgewendet werden müssten.

Diese Mehrkosten können die Kommunen – nicht nur in NRW - nicht alleine schultern. Wenn Bund und Länder die Kommunen mit der Integrationsaufgabe alleine lassen, werden bestehende Haushaltssanierungspläne und Haushaltssicherungskonzepte nicht einzuhalten sein und viele Städte und Gemeinden, die bislang die Haushaltssicherung noch vermeiden konnten, werden das zukünftig nicht mehr können.

Viele Kommunen in prekärer Haushaltslage werden auch große Schwierigkeiten haben, Aufwand für integrationspolitisch sinnvolle und notwendige, gleichwohl aber gesetzlich nicht explizit vorgeschriebene Maßnahmen in die Haushalte einzuplanen. Damit droht allerdings die Gefahr, dass Integration von der Kassenlage der jeweiligen Kommune abhängt. Dies darf nicht sein! Wir brauchen daher eine Art Marschallplan und ein Gesamtfinanzierungspaket, das Planungssicherheit für die Kommunen schafft.

Dem Vernehmen nach sollen in den für Ende dieses Monats geplanten Gespräche zwischen Bund und Ländern konkrete Vereinbarungen über Finanzierungsanteile und über Transferwege getroffen werden. Wir möchten nachdrücklich darum bitten, bei der Suche nach fairen Lösungen die vorstehend geschilderte Betroffenheit der Kommunen angemessen zu berücksichtigen.

Ein denkbarer Weg führt über eine (vorübergehende) Anhebung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer oder der Einkommenssteuer. Auch die Erhöhung des Anteils des Bundes an den Kosten der Unterkunft oder eine Kombination käme in Betracht. In allen Fällen würden langwierige Diskussionen über zahlreiche Einzelprogramme und damit unnötige Bürokratiekosten vermieden, bei denen das Geld erst über die Länder fließt. Bei allen drei Optionen könnten die Städte und Gemeinden die Mittel rasch und zielsicher dort einsetzen, wo sie am dringendsten benötigt werden und die größte Wirkung entfalten. Diese für die Bewältigung der Integrationsaufgabe unverzichtbaren Mittel müssen im Interesse einer gelingenden Integration rasch und im Übrigen unabhängig von den bereits im Koalitionsvertrag zugesagten Entlastungen (5 Mrd. Euro ab spätestens 2018) zur Verfügung gestellt werden.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel,

wir möchten betonen, dass eine rasche Umsetzung dieser Hilfestellung nicht nur Ausdruck des gesamtstaatlichen Charakters der Integrationsaufgabe wäre, sondern auch im ureigensten finanziellen Interesse des Bundes liegt. Wenn Integration gelingt – gerade die wichtige Integration in den Arbeitsmarkt –, profitiert über die Einkommen- und Umsatzsteuer insbesondere der Bund von jedem Integrationserfolg.

Wir bitten Sie deshalb, sich in den anstehenden Verhandlungen für eine entsprechende finanzielle Entlastung der Kommunen einzusetzen, die beispielsweise im Rahmen der Neuordnung des Bund-Länder-Finanzausgleichs erfolgen könnte.

Mit freundlichen Grüßen



BM Bodo Klimpel
Haltern am See



BM Christoph Gerwers
Stadt Rees



BM Clemens Brück
Gemeinde Issum



BM Dietmar Heß
Gemeinde Finnentrop



BM Dietmar Persian
Schloss-Stadt Hückeswagen



BM Dr. Christoph Holtwisch
Stadt Vreden



BM Frank Schneider
Stadt Langenfeld



BM Franz-Josef Weilinghoff
Gemeinde Heek



BM Georg Moenikes
Stadt Emsdetten



BM Holger Menzel
Stadt Hilchenbach



BM Jörg Bierwirth
Stadt Schieder-Schwalenberg



BM Jürgen Frantzen
Gemeinde Titz



BM Michael Esken
Stadt Verl



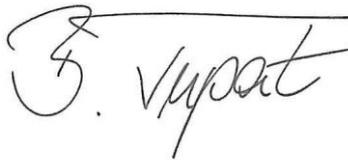
BM Michael Kronauge
Stadt Hallenberg



BM Michael Stickeln
Hansestadt Warburg



BM Norbert Büscher
Gemeinde Much



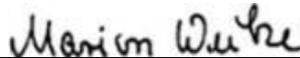
BMin Birgit Tupat
Gem. Nachrodt-Wiblingwerde



BM Christoph Fleischhauer
Stadt Moeres



Dr. Peter Lüttmann
Stadt Rheine



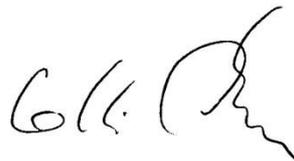
BMin Marion Weike
Stadt Werther (Westf.)



BM Wolfgang Pieper
Stadt Telgte



BM Wolfgang Jungnitsch
Stadt Übach-Palenberg



BM Prof. Dr. Willi Linkens
Stadt Baesweiler



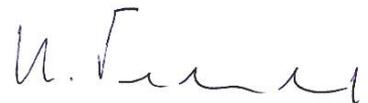
BM Christoph von den Driesch
Stadt Herzogenrath



BM Erwin Esser
Stadt Wesseling



BM Christoph Gottheil
Gemeinde Rosendahl



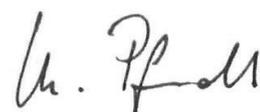
BM Hermann Temme
Stadt Brakel



BM Wilhelm Sendermann
Stadt Olfen



BM Wolfgang Koch
Stadt Bünde



BMin Maria Pfordt
Kreisstadt Berghem



BM Bernd Jansen
Stadt Hückelhoven



BM Rainer Heller
Stadt Detmold



BM Heinrich Böckelühr
Stadt Schwerte



BM Otto Neuhoff
Stadt Bad Honnef



1. Beig. Herbert Brunen
i.V. für den BM Stadt Geilenkirchen



BM Günter Steins
Gemeinde Kranenburg



BMin Silvia Voßloh
Stadt Werdohl



BM Michael Pesch
Gemeinde Schwalmtal



BM Dr. Eckhard Ruthemeyer
Stadt Soest



BM Josef Uphoff
Stadt Sassenberg



BM Stefan Meisenberg
Gemeinde Marienheide



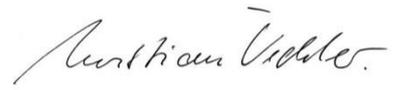
BM Sebastian Täger
Gemeinde Senden



BM Hubertus Grimm
Stadt Beverungen



BM Bernd Romanski
Stadt Hamminkeln



BM Christian Vedder
Gemeinde Südlohn



BM Ulf Hürtgen
Stadt Zülpich



BM Peter Vennemeyer
Stadt Greven



BM Christian Liebrecht
Stadt Lage



BM Heiko Schmidt
Gemeinde Sonsbeck



BM Dieter Freytag
Stadt Brühl



BMin Claudia Bögel-Hoyer
Kreisstadt Steinfurt



BM Dirk Buschmann
Gemeinde Hünxe



BM Willi Heider
Gemeinde Kürten



BM Hubert Wegener
Gemeinde Ense



BM Henning Schulz
Stadt Gütersloh



BM Michael Meyer-Hermann
Stadt Versmold



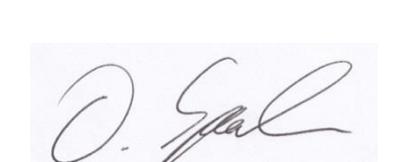
BM David Ostholthoff
Stadt Hörstel



BM Harald Zillikens
Gemeinde Jüchen



BM Bernd Dumcke
Stadt Spenge



BM Dirk Speckmann
Stadt Borgholzhausen



BM Christof Sommer
Stadt Lippstadt



1. BG/Kämmerer Michael Beck
Stadt Heiligenhaus



BM Rainer Rauch
Stadt Borgentreich



BM Hans Hermann Bluhm
Stadt Willebadessen



BM Dirk Haarmann
Stadt Voerde



BM Frank Tatzel
Stadt Rheinberg



BM Dr. Christof Bartsch
Stadt Brilon



BM Antonius Wiesemann
Stadt Neuenrade



BM Carsten Torke
Stadt Steinheim



BM Rudi Bertram
Stadt Eschweiler



BM Burkhard Deppe
Stadt Bad Driburg



BM Jörg Bukowski
Gemeinde Morsbach



BM Paul Wagener
Stadt Netphen



BM Dirk Glaser
Stadt Hattingen



BM Robert Klocke
Stadt Marienmünster



BM Wilfried Pracht
Gemeinde Nettersheim



BM Klaus Besser
Gemeinde Steinhagen



BM Sebastian Seidel
Gemeinde Everswinkel



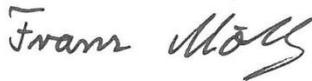
BM Eckhard Kellermeier
Gemeinde Recke



BM Erik Lierenfeld
Stadt Dormagen



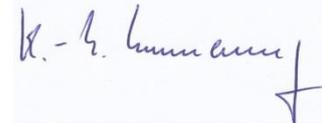
BM Stephan Kersting
Gemeinde Eslohe



BM Franz Möllering
Gemeinde Neuenkirchen



BM Christoph Schultz
Stadt Erkrath



BM Karl-Heinz Hermanns
Gemeinde Simmerath



BM Ingo Esser
Gemeinde Kreuzau



BM Udo Decker-König
Gemeinde Ladbergen



BM Horst Krybus
Stadt Lohmar



BM Alexander Fischer
Stadt Höxter



BM Jörg Schönenberg
Gemeinde Schalksmühle



BM Ulrich Berger
Stadt Salzkotten



BM Andreas Sunder
Stadt Rietberg



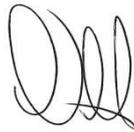
BM Frank Emde
Stadt Kierspe



BM Hubertus Mühling
Stadt Balve



BM Ulrich Schulte
Stadt Plettenberg



BM Jan Nesselrath
Stadt Meinerzhagen



BM Axel Fuchs
Stadt Jülich



BMin Dr. Claudia Panke
Stadt Wülfrath



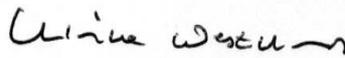
BM Theo Mettenborg
Stadt Rheda-Wiedenbrück



BM Dr. Uwe Friedl
Kreisstadt Euskirchen



BMin Nicole Sander
Gem. Neunkirchen-Seelscheid



BMin Ulrike Westkamp
Stadt Wesel



BM Berthold Bültgerds
Gemeinde Wettringen



BM Stefan Hundt
Stadt Lennestadt



BM André Dahlhaus
Hansestadt Breckerfeld



BMin Sabine Amsbeck-Dopheide
Stadt Harsewinkel



BM Christian Pospischil
Hansestadt Attendorn



BM Josef Hartmann
Stadt Lichtenau



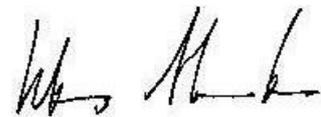
BMin Susanne Mittag
Gemeinde Langenberg



BM Franz-Josef Franzbach
Gemeinde Schöppingen



BM Harald Lenßen
Stadt Neunkirchen-Vluyn



BM Klaus Schumacher
Stadt Sankt Augustin



BM Bert Spilles
Stadt Meckenheim



BM Rainer Vidal
Stadt Nieheim



BM Christian Thegelkamp
Gemeinde Wadersloh



BM Axel Buch
Gemeinde Hürtgenwald



BM Manuel Deitert
Gemeinde Reken



BM Marco Schmunkamp
Stadt Nideggen



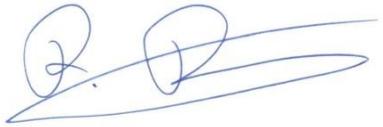
BM Friedhelm Kleweken
Gemeinde Legden



BM Thomas Görtz
Stadt Xanten



BM Henning Gronau
Gemeinde Erndtebrück



BM Richard Borgmann
Stadt Lüdinghausen



BMin Manuela Mahnke
Gemeinde Nottuln



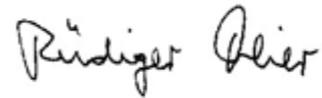
BM Alfred Sonders
Stadt Alsdorf



BM Dieter Spürck
Kolpingstadt Kerpen



BM Jochen Paus
Gemeinde Altenberge



BM Rüdiger Meier
Gemeinde Kirchlegern



BM Wilfried Holberg
Stadt Bergneustadt



BMin Dagmar Jeske
Stadt Velen



BM Dr. Michael Heidinger
Stadt Dinslaken



BM Bernd Poggemöller
Stadt Löhne



BM Wolfgang Fischer
Stadt Olsberg



BM Carsten Grawunder
Stadt Drensteinfurt



BM Roland Thomas
Stadt Bad Salzuflen



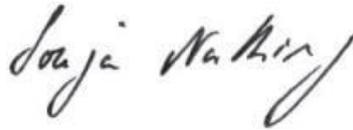
BM Dr. Strothmann
Stadt Beckum



BM Klaus-Werner Jablonski
Stadt Troisdorf



BM Andreas Grotendorst
Gemeinde Raesfeld



BMin Sonja Northing
Stadt Kleve



BM Christoph Ewers
Gemeinde Burbach



BM Hans Jürgen Wessels
Gemeinde Altenbeken



BM Thomas Meyer
Stadt Enger



BM Frank Helmenstein
Stadt Gummersbach



BM Burkhard Schwuchow
Stadt Büren



Antonius Löhr Stadt Marsberg
allg. Vertreter des BM



BM Prof. Dr. Christoph Landscheidt
Stadt Kamp-Lintfort



BM Klaus Krützen
Stadt Grevenbroich



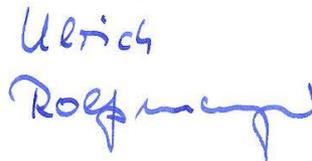
BM Rudolf Westerburg
Gemeinde Hellenthal



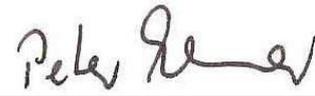
BG Rolf Steuwe
für BM Stadt Ratingen



BM Jürgen Bernsmann
Stadt Rhede



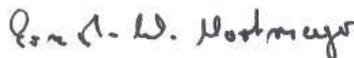
BM Ulrich Rolfsmeyer
Gemeinde Hiddenhausen



BM Peter Cremer
Stadt Heimbach



BM Peter Wirtz
Stadt Königswinter



BM Ernst-Wilhelm Vortmeyer
Gemeinde Rödinghausen



BM Peter Wessel
Stadt Erwitte



BM Ralph Brodel
Stadt Sundern



BM Peter Weiken
Stadt Rüthen



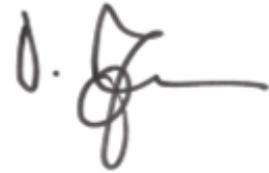
BM Marko Steiner
Stadt Preußisch Oldendorf



BM Stefan Caplan
Stadt Burscheid



BM Stefan Raetz
Stadt Rheinbach



BM Peter Jansen
Stadt Erkelenz



BM Dr. Reiner Austermann
Alte Hansestadt Lemgo



BM Dr. Rüdiger Storch
Gemeinde Eitorf



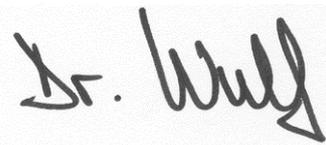
BM Heinz Öhmann
Stadt Coesfeld



BM Lutz Urbach
Stadt Bergisch Gladbach



BM Rainer Weber
Gemeinde Uedem



BM Dr. Andreas Wulf
Gemeinde Augustdorf



BM Hans-Josef Vogel
Stadt Arnsberg



BM Roland Schäfer
Stadt Bergkamen



BM Hubert Erichlandwehr
Stadt Schloß Holte-Stuckenbrock



BM Franz Huhn
Kreisstadt Siegburg



BM Thomas Grosche
Hansestadt Medebach



BM Christian Wagner
Stadt Nettetal



BM Mario Loskill
Gemeinde Ruppichteroth



BM Dirk Lukrafka
Stadt Velbert



BM Tobias Stockhoff
Stadt Dorsten



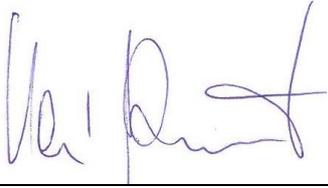
BM Thomas Ahls
Gemeinde Alpen



BM Robert Lennerts
Gemeinde Odenthal



BMin Petra Kalkbrenner
Gemeinde Swisttal



BM Kai Abrusatz
Gemeinde Stemwede



BM Arno Nelles
Stadt Würselen



BM Stefan Streit
Stadt Tecklenburg



BM Dietmar Bergmann
Gemeinde Nordkirchen



BM Michael Dreier
Stadt Paderborn